

Freisinn FDP

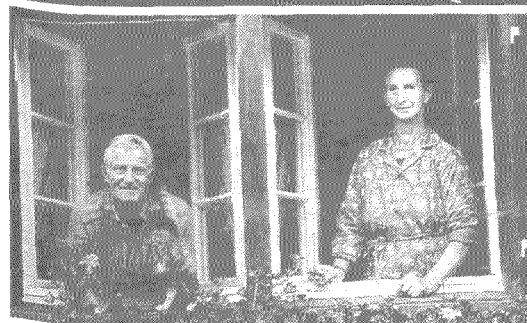
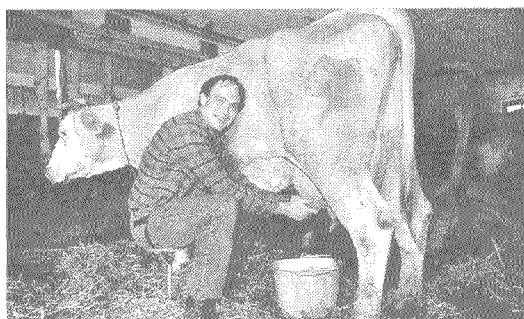
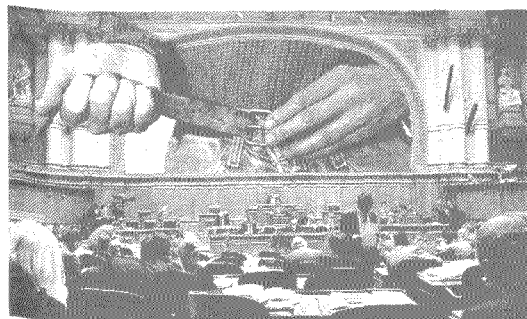
Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonsteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

FRANZ GEORG MAIER
DIR. SCHM. LANDESBIB.
HALLWYLSTRASSE 15
3003 BERN

228

«Sachpolitische Weichenstellung»



Siebenmal wurde das Volk im Wahljahr 1995 auch an die «eidgenössischen» Urnen gerufen. Ist es in früheren Jahren den Empfehlungen der FDP grösstenteils gefolgt, ergab sich dieses Jahr ein differenziertes Bild: Der Zustimmung zur Ausgabenbremse und zur 10. AHV-Revision sowie der Ablehnung der AHV-Initiative der SP steht ein Nein zu den Landwirtschaftsvorlagen und – überraschend – auch zur Lockerung der Lex Friedrich gegenüber.

Ausgabenbremse, Landwirtschaftsvorlagen, AHV-Revision und -Initiative und Lex-Friedrich: Das Volk entschied, sorgte dabei bisweilen für Überraschungen und stellte die Weichen für die Zukunft.

(Photos Keystone)

MRS. Mit der Einführung der Ausgabenbremse ist das Volk der FDP gefolgt. Die Ausgabenbremse legt die Hürde für Ausgabenbeschlüsse höher, indem die Mehrheit aller Mitglieder von National- und Ständerat und nicht nur der abstimmenden Parlamentarier zustimmen muss. Die Ausgabenbremse

allein garantiert noch keinen gesunden Bundeshaushalt, war aber als Zeichen des Sparwillens dringend nötig.

Nicht gerade überraschend kam das dreifache Nein zu den Landwirtschaftsvorlagen. Im «Nein»-Sog des Milchwirtschaftsbeschlusses und der umstrittenen Solidaritätsbeiträge wurde auch der neue Verfassungsartikel für die Landwirtschaft abgelehnt. Konsequenz: Der Wechsel zu mehr Markt und naturnaher Produktion in der Landwirtschaftspolitik wird beschleunigt vollzogen werden.

Mit der Ablehnung der Revision der Lex Friedrich wurde eine moderate Öffnung der Schweiz nach aussen erneut abgelehnt. Um so erfreulicher dagegen, dass die 10. AHV-Revision deutlich angenommen wurde und die AHV-Initiative von SP und Gewerkschaften gleichzeitig die verdiente klare Abfuhr erlitten hat.

SP und SVP: Erfolgsdruck



Mit plakativen Aussagen zu Europa und zur Sozialpolitik haben sich SVP und SP im Wahlkampf profiliert und dabei Hoffnungen geweckt. Die Rechnung kann aber langfristig nicht aufgehen. Warum sich Bodenmann und Blocher täuschen, lesen Sie ab Seite 5.

Inhalt

- Was die FDP Schweiz International für Schlüsse aus den Wahlen zieht, lesen Sie auf Seite 7
- Einen Blick zurück auf das Wahljahr 1995 werfen wir auf den Seiten 11 und 12
- Über die Jugendsession berichten wir ab Seite 13

Ein Frieden mit den Schuldigen

Die gute Nachricht zu Jahresende ist, dass nach über dreieinhalb Jahren Blutvergiessen, unvorstellbaren Greueln, über einer Viertelmillion Toter und Hunderttausenden von Flüchtlingen der Frieden in Bosnien-Herzegowina erstmals greifbar nahe ist. Aber es war die Sprache der Gewalt und nicht der Diplomatie, die den Krieg beendete, und es ist ein Frieden mit den Schuldigen . . .

◉ Jacques Baumgartner

Den Frieden haben nicht die Vereinten Nationen, die westeuropäischen Vermittler auf den Weg gebracht, sondern amerikanische Diplomatie und amerikanischer Druck. Eine bittere Pille und Lektion vor allem für die fünfzehn Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Den Krieg beendete die kroatische Krajina-Offensive im August. Gewissermassen flankiert wurde diese durch den Schlichterabschluss zwischen Kroaten und bosnischen Muslimen, der kroatisch-muslimischen Föderation.

Die USA als Hauptakteure

Den Traum von Gross-Serbien machten hernach die Schläge der atlantischen Allianz (Nato) aus der Luft gegen die bosnischen Serben vollends zunichte. Vorausgegangen war ein heimtückischer Minenwerferangriff der bosnischen Serben auf die Zivilbevölkerung in Sarajewo. Die Angriffe flogen hauptsächlich amerikanische Piloten. Zu Hilfe kam auch amerikanische Satelliten- und Drohnenaufklärung. Die Drohnen stiegen von Stützpunkten in Albanien auf. Bemerkenswerterweise und mit Bedeutung für die Zukunft. Albanien hat sich in den vergangenen Monaten in aller Stille zu einer amerikanischen Basis auf dem Balkan entwickelt. Erst nach diesem, schon im Juni/Juli in Washington festgelegten «Krajina-Vorspiel» schaltete sich die Diplomatie, US-Chefvermittler Richard Holbrooke, ein.

Holbrooke überzeugte den kroatischen und den serbischen

Präsidenten, Franjo Tudjman und Slobodan Milosevic, dass sie kaum jemals eine bessere Friedenschance bekämen, eine günstigere Gelegenheit geboten erhielten, die «Welt» ihr Verschulden am Krieg vergessen zu lassen. Hätte sich der bosnische Präsident, Alija Izetbegovic, letztlich für Gerechtigkeit für die Bosnjaken genannten bosnischen Muslime entschieden, dann wäre in Dayton im amerikanischen Bundesstaat Ohio kein Friedensabkommen paraphiert worden.

Ein zweites «Beirut»?

Wenn jetzt der bosnisch-serbische Anführer Radovic Karadzic nachverhandeln will, um die Vereinigung von Sarajewo (siehe Kasten) zu vereiteln, so verbirgt sich dahinter doppelt teuflische Absicht. Er will Sarajewo wie einst Beirut bluten. Karadzic will damit den Nerv der Amerikaner treffen, die nicht vergessen haben, dass bei der Intervention der USA in den libanesischen Bürgerkrieg 1983 ein Selbstmörder mit einer Autobombe 230 Marinesoldaten tötete. Mit 20 000 Mann werden die USA ein Drittel der schwer bewaffneten Nato-Friedenssoldaten stellen. Präsident Bill Clinton muss die amerikanische Teilnahme erst noch im Kongress in Washington durchsetzen.

«Klammer» Tito

Der Zerfall Jugoslawiens begann 1980, zeichnete sich ab nach dem Tod des Staatsgründers Tito. Tito war Diktator, war die Klammer gewesen, die den Vielvölkerstaat

zusammenhielt. Die Klammer war die nicht zimperliche Geheimpolizei gewesen.

Die Slowenen hatten 1991/92 mit 88 Prozent Bevölkerungsanteil die besten Ausgangsbedingungen bei der Verwirklichung der Unabhängigkeit. Kroatien definierte sich in den alten Teilrepublik-Grenzen und seine Bürger als kroatisch, einschliesslich der seit drei Jahrhunderten in der Krajina ansässigen Serben. In Bosnien-Herzegowina waren die Bosnjaken mit 44 Prozent stärkste Bevölkerungsgruppe, aber nicht die Mehrheit.

Hoffen auf den Westen

Gegenwärtig brauchen alle drei Staaten für den Wiederaufbau vor allem den Westen. Die Sanktionen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union, wenn auch löcherig, haben die serbisch-montenegrinische, die rest-jugoslawische, Wirtschaft schwerst angeschlagen. Die Bosnjaken hoffen, die Amerikaner hülfe, eine die Serben abschreckende Armee aufzubauen. Im zweiteiligen Staat ist die Zen-

tralregierung keine Garantie für den Erhalt eines einheitlichen Bosnien. Die «Republika Srpska» der bosnischen Serben wird sich über kurz Serbien anschliessen. Die kroatisch-muslimische Föderation trägt hingegen den Keim einer Fiktion in sich. Am wenigsten fiktionsfrei ist Serbien. Milosevic muss sich vorerst Karadzics und dessen Mit-Kriegsverbrechers, General Ratko Mladics, entledigen.

Ein Frieden mit den Schuldigen

Im halb serbisch, halb muslimischen Sandschak fordern die Muslime Autonomie. Die Türkei ermuntert sie dabei insgeheim. Dann ist Montenegros Präsident Momir Bulatovic «sauer» auf Serben. Über Milosevics Kopf hinweg bot er Bar, gelegen an der Grenze zu Albanien, der Nato als Hafenzstützpunkt an . . . Es ist ein Frieden mit den Schuldigen, und einiges, derzeit noch Friedensplan, ist Fiktion, anderes bereits Friktion. Jedoch ist es durchaus denkbar, dass sich im Jahre 2010 oder 2015 wieder zusammenfindet, was sich blutig trennte. ■

«Der Friedensplan enthält . . .

- Bosnien-Herzegowina als einen Staat in seinen gegenwärtigen, international anerkannten Grenzen
- Der Staat besteht aus der bosnisch-kroatischen Föderation (51 Prozent des Territoriums), der bosnisch-serbischen Republik (49 Prozent)
- Die Hauptstadt Sarajewo bleibt vereint
- Es wird eine Zentralregierung, ein nationales Parlament, einen Präsidenten und ein Verfassungsgericht geben. Präsident und Parlament werden in freien, demokratischen Wahlen bestimmt, die unter internationaler Überwachung (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa/OSZE) abgehalten werden

- Der Zentralregierung obliegen die Aussenpolitik, der Aussenhandel, die Geldpolitik, die Bürgerschafts- und Einwanderungsrechte
- Flüchtlinge dürfen in ihre Heimatorte zurückkehren; die Menschen können sich frei in ganz Bosnien-Herzegowina bewegen
- Die Menschenrechte eines jeden bosnischen Bürgers werden durch eine internationale Kommission und durch eine international ausgebildete Zivilpolizei überwacht
- Diejenigen, die mit Kriegsverbrechen belastet sind, werden aus dem politischen Leben ausgeschlossen . . .

US-Präsident Bill Clinton

Dorle Vallender vermisst beim Budget 1996 das Happy-End



Dorle Vallender-Clausen

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Auf unsere Jugend.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Jede Art von Ideologisierung.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Die wichtigste sind die Buchdruckerkunst und die elektronische Datenverarbeitung, die entbehrlichste ist die Atombombe.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die demokratischen Institutionen, die politische Überschaubarkeit, die landschaftlichen Schönheiten.

Was misfällt Ihnen in unserem Land?

Tendenzen zum Fundamentalismus.

Bertrand Russell: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich.»

Stimmt nur bedingt, denn das heute Bestehende ist der Fortschritt von gestern!

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil sie die Bürger und Bürgerinnen wie aufgeklärt und mündig behandelt und die Verantwortung des Staates auf Hilfe zur Selbsthilfe begrenzen will.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Allen denen, die Kriege verhindern und Menschen versöhnen.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Etwas Drittes gibt es nicht.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, als Ihre persönliche Stärke?

Persönliche Schwäche: Hartnäckigkeit. Persönliche Stärke: Humor und Hartnäckigkeit.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Ein Buch ohne Happy-End: das Budget 1996.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Normalerweise wandern, im Augenblick hoffen auf mehr Zeit dafür.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Allen Kindern ein Leben in herzlicher Atmosphäre ermöglichen.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Peter Bichsel, um mit ihm über «Erwachsenengeschichten» zu diskutieren. ■

KURZBIOGRAPHIE

Zur Person:

Geboren 1941, Bürgerin von Trogen, wohnhaft in Trogen. Verheiratet, (leider) kinderlos. Studien in Hannover und St. Gallen (Dr. oec. HSG).

Alter: 54

Berufliche Stationen:

1970–1976: Lehraufträge an der Kaufm. Berufsschule Amriswil (Wirtschaftsfächer), Kindergärtnerinnen-Seminar Amriswil (Staatskunde)

1976–1982: kaufm. Berufsschule St. Gallen (hauptamtliche Lehrerin für Wirtschaftsfächer), Höhere Wirtschaft- und Verwaltungsschule (HWV) für öffentliche Finanzen und Probleme der Gegenwart seit 1982: Hauptlehrerin für Wirtschaft und Recht an der

Kantonsschule AR

1986–93: Mitglied des Kantonsgerichtes AR
seit 1993: Mitglied des Obergerichtes AR.

Politischer Werdegang:

1990–1994: Vizepräsidentin der FDP Trogen

seit 1991: Mitglied der Parteileitung der Kantonalen FDP

1991–1994: Vizepräsidentin der Verfassungskommission AR

1992: Mitglied der Expertenkommission zur Revision des Kantonalbankgesetzes

seit 1995: Vorstandsmitglied Arbeitskreis Schule und Wirtschaft (unter dem Patronat IHK St. Gallen-Appenzell)

Liebste Tätigkeiten:

Kochen, Singen im Gemischten Chor Trogen, Klavierspielen, Wandern. ■

Datenschutz: wirksame Kontrolle gefordert

Dem Eidgenössischen Datenschutzgesetz mehr Wirkung verleihen – dies könnte eine effektive Kontrolle, ausgeübt von einem unabhängigen Datenschutzbeauftragten. In ihrer Arbeit kommt die Autorin* jedoch zum Schluss, dass der schweizerische Gesetzgeber sich zwar für einen Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten als Garanten für einen wirksamen Datenschutz ausgesprochen hat, dass ihm aber der Mut gefehlt hat, diese Instanz mit den notwendigen Kompetenzen und Mitteln auszustatten.

Das Datenschutzrecht gehört zu jenen Bereichen, in denen es nicht ausreicht, Vorschriften zu erlassen und darauf zu vertrauen, dass diese eingehalten werden. Datenschutzgesetze sehen vielmehr gesetzesspezifische, eigene Kontrolleinrichtungen vor, die mit der Durchsetzung des Gesetzes betraut werden.

Die Arbeit erläutert die Gründe, welche die Einrichtung einer speziellen Datenschutzkontrollinstanz bedingen, und definiert Kriterien, denen diese mindestens genügen muss. Im Anschluss an einen Vergleich mit den Systemen Deutschlands und Frankreichs sowie einem kurzen

Blick auf europarechtliche Regelungen wird auf dieser Grundlage die institutionalisierte Kontrolle im schweizerischen Datenschutzgesetz untersucht und im 3. Kapitel ausführlich dargestellt: Einem Datenschutzbeauftragten wird die Rechtmässigkeitskontrolle übertragen. Er wird dabei sowohl gegenüber der Bundesverwaltung als auch gegenüber Privatpersonen, die Daten bearbeiten, aktiv. Im ersteren Fall übt er eine umfassende Kontrolle aus, im letzteren jedoch nur eine auf besonders kritische Fälle beschränkte. Der Datenschutzbeauftragte kann dabei auf Missstände hinweisen und entspre-

chende Empfehlungen abgeben. Ergänzt wird das System durch die Eidgenössische Datenschutzkommission, die im Bereich der öffentlichen Verwaltung als Rekursinstanz und im privaten Bereich als Schlichtungsstelle wirkt.

Auf Grund ausführlicher Analysen des Gesetzes und der bereits vorhandenen Praxis kommt die Autorin zu folgenden, die Kontrolle betreffenden Schlüssen: Dem Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten kommt faktisch keine Unabhängigkeit zu, und er verfügt nur über geringe Möglichkeiten, seinen Empfehlungen zur Geltung zu verhelfen. Er kann aus diesen Gründen seine Funktionen gar nicht so ausüben, wie es gefordert werden müsste. Im Anschluss daran unterbreitet die Autorin eine Reihe von Verbesserungen, die erforderlich wären, um die Position des Datenschutzbeauftragten zu stärken, und gibt schliesslich ihrer Hoffnung Ausdruck, dass sich in den nächsten Jahren ein datenschutzrechtli-



ches Bewusstsein in Verwaltung, Wirtschaft und Bevölkerung heranbilden werde. Dieses würde einerseits den Datenschutzbeauftragten in seiner Tätigkeit unterstützen und andererseits dazu führen, dass die Position des Datenschutzbeauftragten im Sinne der in der Arbeit geforderten Verbesserungen auch rechtlich gestärkt würde.

© Regine Martina Sauter: Die institutionalisierte Kontrolle im Bundesgesetz über den Datenschutz vom 19. Juni 1992. Eine rechtsvergleichende Analyse, 200 Seiten, broschiert. Fr. 48.–, Schulthess Polygraphischer Verlag, Zürich.

Das 1-8-Prinzip

Dieses Buch* richtet sich an Führungskräfte, die für ihr Unternehmen neue Herausforderungen erkennen und sie in einer rasch ändernden Umwelt – Technologie, Kommunikation, Wertewandel – mit wesentlichen Impulsen zu überwinden suchen.

Herkömmliche Strukturen mit hierarchischen Stufen von oben nach unten haben ausgedient. Das Unternehmen ist als Teil eines Netzwerkes zu verstehen, in dem sich neue organisatorische Strukturen bilden. Das 1-8-Prinzip ist für diese neue Situation eine Metapher. Sie geht von der These aus, dass nur gut geführte Unternehmen eine erfolgreiche Zukunft vor sich haben.

Wenn in einer Gruppe acht Leute sind, dann ist ein Mitarbeiter die Nummer 1 und ein anderer die Nummer 8 – wer was ist, muss der Chef herausfinden. Mit den Nummern 2 bis 7 muss sich der Vorgesetzte im Rahmen der Teamentwicklung täglich befassen. Und er führt zwangsläufig zu einer Selektion: Die Nummer 1 muss neuen Herausforderungen zugeführt werden – vom Aufstieg

im Unternehmen bis zur Versetzung fern der Heimat. Die Nummer 8 muss im Sinne eines verantwortungsvollen Handelns versetzt werden, zuletzt in ein anderes Unternehmen.

Ein solcher Selektionsprozess ist echte Führung – und wirklich fair. Mitarbeiter, die solche Personalentwicklung ernst nehmen, sind nicht Teil eines reaktiven Prozesses, der durch Vorgesetzte ausgelöst wird. Sie erkennen Arbeit als Quelle des persönlichen Wachstums: Nur wer weiss, wohin er will und woher er kommt, kann sein Leben planen und gestalten, kann den Weg zu seinem ureigenen Erfolg gezielt

gehen. Unternehmen, die ihre Personalentwicklung unter das 1-8-Prinzip stellen, werden in neuen Märkten, in einer Welt mit sich rasch verändernden Umweltbedingungen stets die Nase vorn haben, wenn, so der HSG-Professor Cuno Pümpin, wichtige Voraussetzungen vorhanden sind: eine starke Führungsmannschaft, eine expansionsorientierte Unternehmenskultur oder eine hohe Führungsmotivation. Denn beim 1-8-Prinzip, erklärt Pümpin, «handelt es sich um einen neuartigen Ansatz der Personalführung, der – wird er konsequent umgesetzt – bestimmt als revolutionär bezeichnet werden kann».

* Alex O. Lendi / Donat P. Marver: Das 1-8-Prinzip. Motivationen und Maximen für das Management der Zukunft. Versus-Verlag, Zürich, 1995. 160 S., Fr. 42.–.



«Sie täuschen sich, Herr Bodenmann . . .»

(Photo ruti)

Warum sich Bodenmann und Blocher täuschen

Mit der SVP und der SP haben zwei strukturkonservative Parteien die Wahlen gewonnen: Die einen wollen bei Europa, die anderen bei der Sozialpolitik keine Änderungen. Mit süffigen Slogans weckten die beiden Parteien zudem Hoffnungen, die sie nicht umzusetzen in der Lage sein werden.

Christian Kauter,
Generalsekretär der FDP
der Schweiz

Was ist am 22. Oktober geschehen?

Die meisten Kommentatoren waren sich am Abend des Wahlsonntags einig: Sie bezeichneten die zwölf Mandatgewinne der SP als Erdbeben. Das ist sicher nicht falsch; denn das Proporzwahl-system schweizerischer Prägung bevorzugt nicht eine Partei, sondern die Kontinuität, und die Gewinne der SP sind tatsächlich aussergewöhnlich. Die Analyse relativiert allerdings diese Aus-

sage: Die Machtverteilung zwischen links und rechts hat sich am 22. Oktober nur marginal geändert. Der Erfolg der SP ging weitgehend auf Kosten der Grünen und des Landesrings und jener der SVP auf Kosten der rechten Splitterparteien.

Die nun schon fast vier Jahre andauernde Rezession und die durch sie erzeugte Angst um Arbeitsplatz und Wohlstandsverlust lassen das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit zum dominierenden Thema werden. Es ist nicht erstaunlich, wenn es der SP gelungen ist, diese Stimmungslage am besten auszunützen. Menschen, die der Fortführung

des Erreichten höchste Priorität zuordnen, wählen denjenigen, der ihnen das verspricht. Die SP hat in ihrer Kampagne die soziale Sicherheit thematisiert. Warnungen der bürgerlichen Seite, die Schweiz laufe Gefahr, schwedische Verhältnisse zu schaffen, wurden als Attacken auf den Sozialstaat diffamiert.

Während sich die SP in der sozialen Frage wertkonservativ verhielt und den Status quo propagierte, tat sie in der Europafrage das pure Gegenteil: Sie präsentierte sich als weltoffene Partei, als Befürworterin eines raschen EU-Beitritts. Damit hat sie die urbanen Wähler angesprochen. Diese honorierte das forsche Auftreten der SP.

Strukturkonservative SP und SVP

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums die SVP. Sie hat es verstanden, mit ihrer Parole

«EU-Beitritt nie» die EU-Gegner und Euro-Skeptiker abzuholen. Selbst der kleine Zusatz, ein Beitritt komme zurzeit nicht in Frage, wurde von den SVP-Delegierten geradezu abgeschmettert.

Vergleicht man die Strategien der beiden Wahlsieger SVP und SP, so stellt man fest: Beide haben im Wahlkampf strukturkonservative Positionen vertreten. Die SP in der sozialen Frage, die SVP beim Thema Europa. Das Ergebnis der Nationalratswahlen spiegelt also eine deutliche Furcht vor dem Verlust altvertrauter Zustände und Gewohnheiten. Die Angst vor dem Verlust des Status quo.

Nicht Konzepte, sondern Sprüche gewannen

Erstaunlich ist die Tatsache, dass das Wahlergebnis von der Mehrzahl der Medien völlig anders gedeutet wird: nämlich als Honorierung von «mutigen», «klaren»

Konzepten. Denn Plakative Sprüche für oder gegen Europa, für oder gegen den Sozialstaat sind keine Lösungsansätze der drängenden Gegenwartsprobleme.

Blocher und Bodenmann unter Erfolgsdruck

Die Wahlen 95 haben die beiden Pole unter den Bundesratsparteien gestärkt. Trotz beängstigend wachsendem Defizit und hoher Staatsverschuldung führte Bodenmann den Wahlkampf im Stile der Hochkonjunktur mit stets neuen Forderungen. Wenn man weiss, dass bereits heute zwischen Einnahmen und Ausgaben jährlich ein Loch von 6 Milliarden Franken klafft, so gehören solche Forderungen ins Reich der Utopien.

Die SP hat sich mit ihren Versprechungen im Sozialbereich, aber auch mit ihrer EU-Beitritts-Politik weit zum Fenster hinausgelehnt. Sie ist auf Erfolge angewiesen, um gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern glaubwürdig zu sein. Das wird im Sozialbereich nicht gelingen; denn heute wissen wir aus dem Drei-Säulen-Bericht von Frau Dreifuss, dass bereits im nächsten Jahr die laufenden AHV-Einnahmen die Ausgaben nicht mehr decken.

SP: Hoffen auf Europa

Angesichts dieser Blockierung im Sozialbereich braucht die SP dringend einen Öffnungsschritt in der Europafrage. Sonst kann sie überhaupt nichts vorweisen. Jede Blockierung wäre für die SP noch schlimmer als der Nicht-

Beitritt. Es braucht indessen keine Meinungsumfragen, um heute vorauszusagen, dass in den nächsten vier Jahren ein EU-Beitritt der Schweiz weder beim Volk noch gar bei den Ständen zu haben ist.

Mit seinem forschen EU-Kurs hat Bodenmann ein urbanes, gut ausgebildetes, teilweise schwärmerisches Wählersegment angesprochen. Dessen Erwartungshaltung ist hoch. Es wird die SP in vier Jahren daran messen, ob sie etwas erreicht hat.

SVP: Konzessionen zulasten der Wettbewerbsfähigkeit

Und wie steht es bei Blocher? Er hat im Wahlkampf keine Gelegenheit ausgelassen, um die EU zu diskreditieren. Mit dem Stiefelinsat hat er das auch bildlich zum Ausdruck gebracht. Vor allem aber hat er den Eindruck erweckt, als ob die Schweiz schon bald der EU beitreten wolle. Dabei ist ja weit und breit keine Beitrittsdiskussion in Sicht. Blocher verfolgt die gleiche Taktik wie seinerzeit bei der EWR-Abstimmung: Er redet nicht über diese Einzelverträge, sondern über den Beitritt.

Eigentlich müsste auch Blocher alles daransetzen, dass die bilateralen Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden, denn er hat diese im EWR-Abstimmungskampf nachdrücklich als Alternative angepriesen. Das Gegenteil aber tut er: Noch bevor die Verhandlungen angefangen hatten, drohte er mit dem Referendum. Das Scheitern dieser

Verhandlungen treibt die Schweiz in den wirtschaftlich verhängnisvollen Alleingang. Dieses Szenario würde Blocher aller Optionen berauben, da er bekanntlich sowohl EWR und auch EU-Beitritt ablehnt.

Den Wahlkampf hat Blocher ausschliesslich mit dem Thema Europa bestritten. Mit dem Schreckensgespenst Brüssel lenkte er systematisch von den drängenden innenpolitischen Themen ab. Blocher hat mit seinem Wahlkampf das Heimatterrain besetzt – aber die Heimatprobleme ausgeklammert. Dabei liegen unsere grossen Probleme im Inland, nicht in Europa! Unterstützt wird er von der Weltkriegsgeneration, den Traditionalisten und – in ganz grossem Masse – von der Landwirtschaft und den mit ihr verbundenen Kreisen. Ein Blick auf die neu gewählten SVP-Vertreter verdeutlicht: Es wurden nicht Unternehmer oder Vertreter des Gewerbes gewählt, es sind Bauern und Personen, die der Landwirtschaft nahestehen. Das wird sich auf die Politik der SVP unweigerlich auswirken. Wenn Blocher das von ihm angepeilte Elektorat nicht enttäuschen will, ist er zu Konzessionen für die Landwirtschaft gezwungen.

Herausforderungen

Die eidg. Wahlen haben die beiden Pole der Regierungsparteien gestärkt, also jene Parteien im Bundesrat, die für sich das Doppelspiel Regierungspartei und Oppositionspartei zu spielen

pfliegen. Es stellt sich natürlich für die FDP die Frage, ob nicht auch ihre Partei diese Erfolgsstrategie befolgen soll – weil sie ja Wahlerfolge verspricht, während die Position der Verantwortung, welche die Partikularinteressen den Landesinteressen unterordnet, offenbar nicht kommunizierbar ist.

Auch nach den Wahlen gehe ich aber davon aus, dass es in diesem Land einen Markt für Verantwortung gibt. Ich gehe sogar noch weiter: nach diesen Wahlen erst recht.

Föderalismus und direkte Demokratie sind Erfolgsrezepte des Modells Schweiz. Der Verzicht auf die Realisierung von extremen Positionen ist Teil des Erfolgsrezeptes Schweiz.

Ich bin mir bewusst, dass heute ein grosses Misstrauen gegenüber allen «Autoritäten» besteht. Verunsicherung, Politikverdrossenheit sind weit verbreitet.

Auch wenn der Machbarkeitsglaube in den Staat ungebrochen scheint und von der SP und den Bauern ständig geschürt wird, scheitert er immer wieder.

Einfache Rezepte und Schlagwörter mögen kurzfristige Wahlerfolge bringen. Aber sie taugen nicht, die kommenden Herausforderungen zu bewältigen. Deshalb täuschen sich Bodenmann und Blocher. Sie täuschen sich, weil in der Schweiz gegenwärtig nur die Wählerin und der Wähler frei wählen können. In der Politik haben wir überhaupt nur noch eine Alternative: die wirtschaftliche Vernunft.



Hüben wie drüben wurden Hoffnungen geweckt – wer soll die erfüllen?



(Photos Keystone)

Ein guter Anfang

Zum ersten Mal seit der Einführung des erleichterten Stimm- und Wahlrechts für Auslandschweizerinnen und -schweizer konnten die rund 60 000 in den Stimmregistern im Ausland eingeschriebenen Schweizer diesen Herbst an den eidgenössischen Wahlen teilnehmen. Wie viele von diesem Recht Gebrauch gemacht haben, lässt sich nicht genau feststellen. Schon heute kann aber gesagt werden, dass die Kandidatur eines Auslandschweizers auf der Liste der FDP der Stadt Zürich positiv aufgenommen wurde.

RS. Neben dem auf Schweizer Wählerinnen und Wähler ausgerichteten Wahlkampf hat die FDP Schweiz in diesem Jahr zum ersten Mal auch einen «internationalen» Wahlkampf geführt. Mittels Werbung in der in fünf Sprachen erscheinenden «Swiss Revue», mit einem Mailing an verschiedene Schweizervereine und einer guten Präsenz am Auslandschweizerkongress machte die FDP die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer auf die Möglichkeit der Teilnahme an den eidgenössischen Wahlen im allgemeinen und ihr Programm im besonderen aufmerksam. Die Wahlkampfplattform der FDP Schweiz stiess denn auch im Ausland auf reges Interesse und konnte viele überzeugen.

Kandidatur eines Auslandschweizers für die FDP

Überzeugt hat insbesondere auch die Kandidatur eines Auslandschweizers auf der Liste der FDP der Stadt Zürich. Als Gegenstück zu ihrem passiven Wahlrecht wollte die FDP den Auslandschweizern auch die Chance einer aktiven Vertretung in unserem Parlament bieten. In der Person von Hans-Ulrich Pestalozzi konnte jemand gewonnen werden, der die Situation der Auslandschweizer auf Grund der eigenen Biographie gut kennt. Er führte einen engagierten und kreativen Wahlkampf.

Kontinuierliche Aufbauarbeit . . .

Bereits 1991, bei der Einführung des erleichterten Stimm- und

Wahlrechts für Auslandschweizerinnen und -schweizer, hatte sich die FDP mit der Gründung der FDP Schweiz International zum Ziel gesetzt, den Auslandschweizern die politische Mitbestimmung und die aktive Mitgestaltung auf eidgenössischer Ebene zu erleichtern und ihre Anliegen auf eidgenössischer Ebene zu vertreten. Die FDP hat somit die Auslandschweizer nicht erst vor den Wahlen «entdeckt». Es war für die Partei von Beginn weg klar, dass die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer auf Grund des beachtlichen Stimmenpotentials durchaus das «Zünglein an der Waage» spielen könnten, wenn es um die Verteilung kritischer Restmandate geht.

. . . und die Lehren für die Wahlen von 1999

Angesichts der eher bescheidenen Stimmbeteiligung aus dem Ausland bleibt hingegen, sich die Frage zu stellen, wie die Auslandschweizer in Zukunft noch besser in das politische Geschehen in der Schweiz mit einbezogen werden können. Sicher, es ist im Rahmen dieser Wahlen auch zu einigen Pannen «technischer» Art gekommen. Die FDP muss jedoch fortan kontinuierlich noch intensivere Anstrengungen unternehmen, die Landsleute im Ausland mit Informationen über das politische Geschehen in der Schweiz zu versorgen und ihnen ihre politischen Exponenten näherzubringen, um dadurch eine dauerhafte Beziehung zur Partei zu schaffen. ■



Die FDP Schweiz International am Auslandschweizerkongress.

(Photo ruti)

Erste Lehren

Die wachsende Zahl der Stimmrechtsregistrierungen verrät ein Interesse unserer Mitbürger im Ausland an den Wahlen. Ernüchternd dagegen ist das Ergebnis der Stichproben: Im Unterschied zu den Sachabstimmungen liegt die Wahlbeteiligung nicht über dem schweizerischen Durchschnitt. Viele Stimmberechtigte im Ausland sind völlig desorientiert durch die Menge eingereicherter Listen. Wenn es schon den Wählern in grossen Kantonen nicht mehr gelingt, hinter jeder Liste die politische Richtung auszumachen, wie dann dem Schweizer in Bombay oder Santiago de Chile? Daran lässt sich wenig ändern. Hingegen ist der Fingerzeig gegeben, dass sich die Gemeinden nicht einfach nur um die Verteilung der Wahlprospekte in ihren Gemarkungen kümmern müssen, sondern auch an die bei ihnen registrierten Bürger im Ausland denken sollten. Zudem stellt das Auslandschweizersekretariat fest, dass die Wahlunterlagen z. T. zu spät verschickt wurden. Wer das Tempo der Postzustellung in den USA oder in Italien kennt, kann sich vorstellen, wie schnell sie in Kamerun oder Brasilien erfolgt. Dazu kommt die benötigte Zeit für den Rückversand. Es zeigt sich, dass eine befriedigende Lösung in gewissen Staaten nur über die Vermittlung unserer Vertretungen im Ausland möglich ist.

Die FDP ist stolz darauf, dass ihr Kandidat in Zürich, H. U. Pestalozzi, auf dem guten sechsten Platz der Ersatzleute gelandet ist. Für einen Kandidaten, der

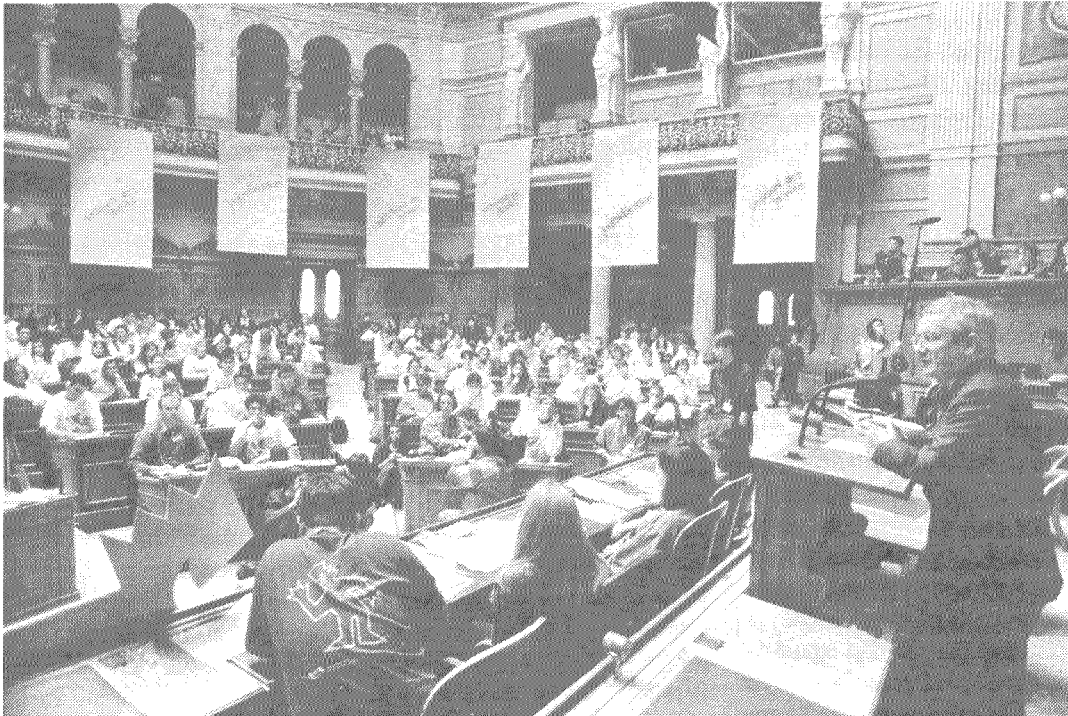
lange Zeit im fernen Brasilien beheimatet war, ist das ein hervorragendes Resultat, das ihm keiner von einer anderen Partei nachgemacht hat. Dies ist auch für die FDP International ein Ansporn, es das nächstemal wieder zu versuchen. Eine positive Politik für die Fünfte Schweiz wird aber nicht nur durch echte Auslandschweizer in den Räten gemacht, sondern auch mit Parlamentariern, die gewillt sind, die Sorgen und Nöte unserer Landsleute jenseits der Landesgrenze in ihre Betrachtungen einzubeziehen.

Sollten die Stichproben über das Wahlverhalten der Auslandschweizer in Luzern, der Waadt und Genf generell übertragbar sein – nämlich eine leichte Tendenz zu Grün –, dann überrascht diese Neigung wenig. In Gesprächen mit Bürgern mit längerer Wohnsitznahme im Ausland fällt auf, dass sie das Bild der heilen Welt in der Schweiz in sich tragen. Diese bewahrend-konservative Haltung führt sie dazu, Grün zu wählen, ohne dass sie sich bewusst sind, damit die Linke zu stärken. Die FDP International hat noch viel Aufklärungsarbeit zu erbringen. Diese wird erleichtert, wenn in den einzelnen Staaten Sektionen der Partei gegründet werden können. Die FDP-Mitglieder können uns mit Hinweisen helfen, denn wir haben den festen Willen, in der kommenden Legislaturperiode die Öffentlichkeitsarbeit im Ausland zu verstärken.

*Der Präsident
der FDP International,
Georg Stucky, Nationalrat*

Jugendsession

Über die Jugendsession 1995 lesen Sie auf den Seiten 13 und 14.



Bundesrat Arnold Koller beantwortet die Fragen der Jugendlichen.

Versprechen verwirklichen – N 5 fertigstellen

Das Vertrauen, das die Bürgerinnen und Bürger in die Politik haben, basiert auf der Einhaltung und Verwirklichung der Versprechungen, die von den zuständigen Behörden gemacht werden.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben die letzte Erhöhung der Benzinzölle angenommen, damit unser Autobahnnetz innert nützlicher Frist fertiggestellt werden kann. Zu erwähnen ist hier auch die für 1996 vorgesehene erneute Erhöhung des Benzinzolls um 15 Rappen. Insbesondere sollte auch die N 5 mit den zusätzlichen Geldern nächstens fertiggestellt werden. Das Versprechen von Bundesrat Ogi, die Haltung der Neuenburger Behörden, die in der Presse erschienenen Artikel, die Unterstützung durch zahlreiche Wirtschafts- und Berufsverbände sind unserer Meinung nach in der vorliegenden Sache ebenfalls wichtig zu erwähnen.

Aus diesen Gründen ersucht der Zentralvorstand und die Delegiertenversammlung der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS) die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP), die freisinnigen National-, Stände- und Bundesräte, die Einhaltung des Versprechens von Herrn Bundesrat Ogi bezüglich der Fertigstellung der N 5 offiziell und mit allen möglichen Kräften zu unterstützen und zu fördern.

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

*Jungliberale Bewegung
der Schweiz*

Dritte Sommer- universität 1996 der FDP

Vom 19. bis zum 23. August findet die dritte FDP-Sommeruniversität, wiederum in Neuenburg, statt. Auch diesmal werden interessante Persönlichkeiten den jungen Teilnehmern während einer Woche Red und Antwort stehen.

Teilnahmeberechtigt sind politisch interessierte Frauen und Männer im Alter zwischen 18 und 28 Jahren.

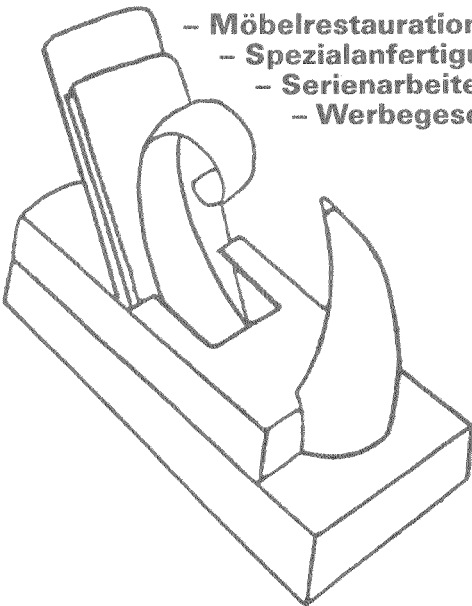
Weitere Informationen erhalten Sie von Herrn Blaise Roulet, FDP der Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51.

BEHINDERTENWERK ST. JAKOB



Holzbearbeitungen

- Möbelrestauration
- Spezialanfertigungen
- Serienarbeiten
- Werbegeschenke



Kanzleistrasse 18
8026 Zürich



Telefon (01) 295 93 93
Fax (01) 295 93 95

Schutzmarke
für gemeinnützige
Institution

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure

100 Jahre
Erfahrung,
Dynamik,
Tradition

Ein
Jahrhundert
für unsere
Umwelt

Spross

Wir planen, bauen, sanieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt.

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Abstimmungsvorlagen für den 10. März 1996

1. Bundesbeschluss vom 6. Oktober 1995 über die Revision des Sprachenartikels in der Bundesverfassung (Art. 116 BV);
2. Bundesbeschluss über den Übertritt der bernischen Gemeinde Vellerat zum Kanton Jura, *sofern dieser Beschluss während der Wintersession 1995 durch die eidg. Räte verabschiedet wird*;
3. Bundesbeschluss vom 24. März 1995 über die Aufhebung der kantonalen Zuständigkeit im Bereich der persönlichen Ausrüstung der Armeeangehörigen;
4. Bundesbeschluss vom 24. März 1995 über die Aufhebung der Pflicht zum Ankauf von Brennapparaten und zur Übernahme von Branntwein und
5. Bundesbeschluss vom 24. März 1995 über die Aufhebung der Bundesbeiträge an Bahnhofparkplatzanlagen.

FDP auf Internet

Besuchen Sie uns
auf dem World-Wide-Web!

Unsere Adresse:
E-Mail: gs@fdp-prd.ch
www: <http://www.fdp-prd.ch/fdp-prd/>

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Dr. Markus R. Seiler (MRS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.-
Jahresabonnement Fr. 20.-

KOLUMNE

Das allgemeine Bedürfnis nach Abgrenzung



Nach den eidgenössischen Wahlen wurde in den Medien da und dort die Forderung nach einem «Regierungsprogramm» erhoben, auf das sich die vier Bundesratsparteien für die nächsten vier Jahre verpflichten sollten. Es sollte in erster Linie die – bisher nicht immer vorhandene – Effizienz von Regierung und Parlament steigern. Diese – auch früher immer wieder vorgebrachte – Forderung geht indessen völlig an den politischen Realitäten unserer direkten Demokratie vorbei. Denn in unserer Allparteienregierung sind doch recht heterogene politische Kräfte mit unterschiedlichen Vorstellungen vereinigt. Die vier grossen Parteien unseres Landes müssten sich für ein solches Programm innert kurzer Zeit – und teilweise ohne das Vorliegen fundierter Unterlagen – in den wichtigsten Fragen der kommenden Legislaturperiode mit dem Bundesrat und unter sich einigen.

Das ist an sich eine kräfte-mässige Überforderung der Partei- und Fraktionsapparate. Zudem gehen in wichtigen Fragen (Europafrage, Sozial- und Defizitprobleme) des Bundes die Meinungen derart auseinander, dass eine Einigung ohnehin nicht gefunden werden könnte und später Mehrheiten im Parlament entscheiden müssen. Vor allem aber hätte man die *Rechnung ohne den Wirt* gemacht. Die Verhandlungsdelegationen sind nämlich darauf angewiesen, dass sie später von den Delegiertenversammlungen gedeckt werden. Und das *letzte Wort* hat ohnehin in den wichtigen Fällen *das Volk*, das ohne Rücksicht auf eine noch so schöne Planung sein Urteil abgeben wird.

Es hat sich aber auch erwiesen, dass der Wunsch nach Zurschaustellung der politischen

«Seelenverwandtschaft», die ohnehin in vielen Fällen sehr gering ist, gar nicht vorhanden ist. Im Gegenteil ist *das Bedürfnis nach allgemeiner und besonderer Abgrenzung* viel grösser.

Das ist an sich auch nicht verwunderlich. Denn in den eidgenössischen Wahlen sind jene beiden Bundesratsparteien, die Sozialdemokraten und die SVP, besonders belohnt worden, die hemmungslos in wichtigen Fragen eine Oppositionsrolle gespielt und die Regierungssolidarität mehr als strapaziert haben. Dass die «Mittelparteien», die in den Wahlen nur wenig zugelegt (FDP) oder sich wenigstens gut gehalten (CVP) haben, künftig *ihre Positionen ihren Wählern gegenüber deutlicher* machen müssen, ist eine einleuchtende Schlussfolgerung.

Nicht zuletzt sollte aber *die Zeit der – teilweisen oder völligen – Schonung* für politische Seitensprünge *der SPS und der SVP vorbei sein*. Man wird wohl künftig das Ausscheren aus der Regierungssolidarität deutlicher markieren und kritisieren müssen. Die Abgrenzungen unter den vier Bundesratsparteien sollten dem Wähler auch während der nächsten vier Jahre klarer bewusstgemacht werden. Und man darf sich dabei auch von Empfindlichkeiten, die nicht selten bei den Sozialdemokraten zutage treten, nicht abhalten lassen: denn nicht zuletzt der Präsident der SPS pflegt massiv mit persönlichen Angriffen um sich zu schlagen, wenn er dies für nützlich hält. *Randpositionen – auch innerhalb des Regierungslagers – sind kein Privileg für hemmungslose Angriffigkeit*. Auf einen groben Klotz gehört fast immer ein grober Keil.

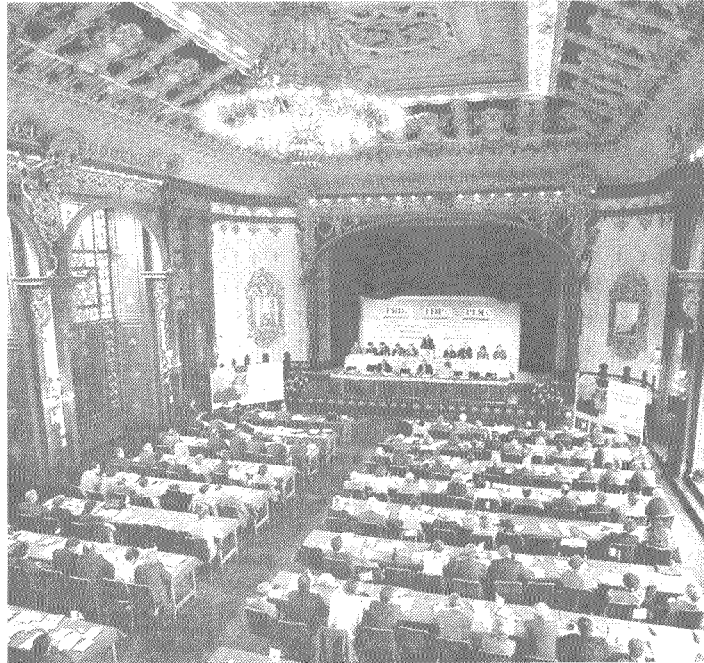
Kurt Müller

Alt Nationalrat
Dr. Kurt Müller, Meilen ZH



Er hat.
Spende Blut.
Rette Leben.

**Aus dem
Parteileben
des Wahl-
jahres
1995**



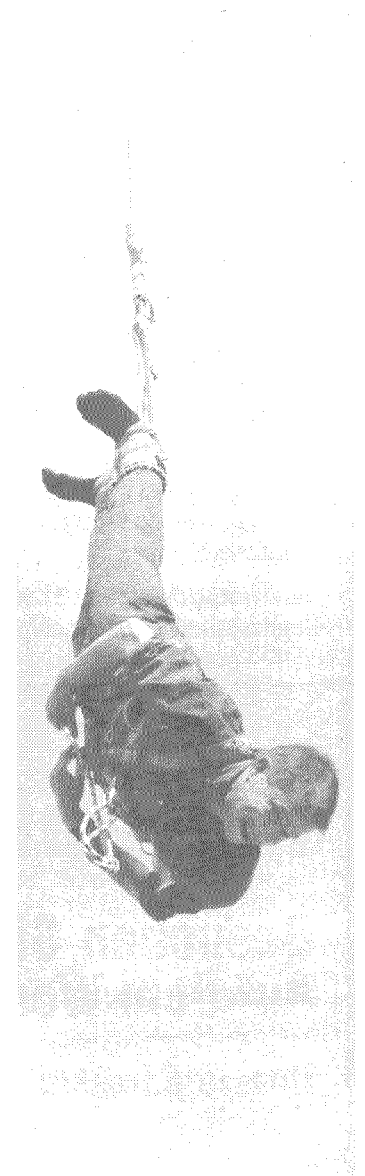
Interlaken: Vorhang auf für das «Theater FDP» ... (Photo ruti)



«Mister Gatt» Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz: Ein T-Shirt statt Referendumskampagne. (Photo ruti)



Die freisinnige Führungscrew: Wer will da sagen, Politik sei eine ernste Angelegenheit? (Photo ruti)



Parteipräsident Franz Steinegger im freien Fall – zum Glück nur auf der Chilbi. (Photo Herger)



Ein «Airbag» für die FDP.



Die Basis spricht mit. (Photo ruti)



Europa-Entscheid: Ein Fingerzeig des Präsidenten des ausserpolitischen Ausschusses, Nationalrat Ernst Mühleemann. (Photo ruti)



Vom Nationalrat in den solothurnischen Regierungsrat: Christian Wanner. (Photo ruti)



Nationalrat Peter Tschopp: Alles Käse? (Photo ruti)



Wahlkampf-Überraschungscoup am EM-Qualifikationsspiel Schweden - Schweiz. (Photo key)

Alles Gute!

Die FDP-Geschäftsleitung und das Generalsekretariat wünschen allen FDP-Mitgliedern und Sympathisanten frohe

Festtage und entbieten die besten Wünsche zum Jahreswechsel.

Wir danken allen Männern und Frauen für ihren Einsatz im zu Ende gehenden Jahr, den sie als Politikerin und Politiker auf jeder Stufe geleistet haben, als Mitarbeiter in den verschiedenen Gremien der Partei, aber auch als Staatsbürger, welche im persönlichen Gespräch mit ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern immer wieder für unsere freisinnigen Anliegen eintreten.

STANDPUNKT

Unterschiede mildern

Eine gesunde und prosperierende Wirtschaft fördert die Randregionen am besten: Das ist die Meinung der FDP der Schweiz. Dennoch sind die Freisinnigen nicht gegen jegliche Förderung von Randregionen. Eine effiziente Regionalpolitik erachten sie als wichtig, um die Unterschiede in Wohlstand und Entwicklung innerhalb unseres Landes zu mildern.

Der vorliegenden Revision des Bundesgesetzes über Investitionshilfe für Berggebiete stimmt die FDP zu. Gleichzeitig unterstreicht die Partei aber die Notwendigkeit eines revidierten interkantonalen Finanzausgleichs. Diesen erachtet sie als das zentrale Instrument der Regionalpolitik. Die FDP schlägt deshalb vor, das Investitionshilfegesetz zeitlich zu befristen, um dessen Berechtigung nach einer erfolgten Neu-

ordnung des Finanzausgleichs zu überprüfen.

Das Programm «RegioPlus», das im Bundesbeschluss über Massnahmen zur Flankierung des Strukturwandels im ländlichen Raum unterbreitet wird, lehnt die FDP dagegen ab. Eine Ausweitung der Subventionsberechtigung auf das Mittelland, wie sie das Programm «RegioPlus» vorsieht, würde den Begriff «Regionalpolitik» überstrapazieren. Das Programm käme ausserdem der einzelbetrieblichen Förderung sehr nahe, was ordnungspolitisch unakzeptabel ist. Bedenklich erscheint der FDP auch die Tatsache, dass damit ein neues Subventionssystem aufgebaut werden soll, das in seinen Konturen zudem unklar ist. Gezielten Eingriffen in das Wirtschaftsgeschehen zieht die FDP weitere Verbesserungen der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor. ■

VERANSTALTUNGEN

Jahresterminkalender 1996

Januar

- 19. Sekretärenkonferenz/Geschäftsleitung/Delegiertenrat
- 20. a. o. Delegiertenversammlung (Rapperswil)
- 19.–21. Frauenkongress

Februar

- 23./24. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

März

- 7. Geschäftsleitung

- 4.–22. Frühjahrsession
- 10. Eidgenössische Abstimmung

April

- 11. Sekretärenkonferenz/Geschäftsleitung
- 12. Delegiertenrat/Fraktionssitzung
- 12./13. Ordentliche Delegiertenversammlung (Montreux)

- 29.– 3. Mai Sondersession

Mai

- 24./25. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

Juni

- 3.–21. Sommersession

- 9. Eidg. Abstimmung
- 12. Fraktionsausflug
- 21. Geschäftsleitung

Juli

August

- 16. Sekretärenkonferenz/Geschäftsleitung/Delegiertenrat
- 17. a. o. Delegiertenversammlung (Bern)
- 19.–23. JBS-Universität d'été, Neuchâtel

September

- 6./7. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

- 16.–4. Okt. Herbstsession

- 22. Eidg. Abstimmung

Oktober

- 18. Sekretärenkonferenz/Geschäftsleitung/Delegiertenrat, Basel
- 19. a. o. Delegiertenversammlung (Basel)

November

- 15./16. VorseSSIONALE Fraktionssitzung (Zibele-Märit-Treffen)

- 25.–13. Dez. Wintersession

- 27. Wahlfeiern NR-/SR-Präsident

Dezember

- 1. Eidg. Abstimmung
- 4. Vereinigte Bundesversammlung
- 5. Wahlfeier Bundespräsident
- 10. Treffen Presseverband mit Fraktion
- 13. Geschäftsleitung

Jugendsession auch 1995 ein Erfolg

Zum viertenmal hat die eidgenössische Jugendsession vom 16. bis zum 18. November in Bern stattgefunden. Auch an der diesjährigen Auflage beteiligten sich rund 200 jugendliche Teilnehmer, welche im Nationalratssaal tagten und dabei 7 Petitionen und einige persönliche Vorstösse zuhanden der eidgenössischen Räte verabschiedeten.

◊ Guido Schommer, Teufen*

Die Jugendsession ist eines der Hauptinstrumente der Jugendpolitik schweizerischer Prägung. Sie wurde anlässlich der 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft ins Leben gerufen und war von Anfang an darauf ausgerichtet, der Jugend zu einem Sprachrohr zu verhelfen. Das Echo in politischen Kreisen und in den Medien war dann offenbar so gut, dass 1993 eine Neuauflage der Session organisiert wurde. Getreu einem weiteren Ziel der Jugendsession, nämlich möglichst viele verschiedene Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren einzubeziehen, wurde die Teilnahme neu ausgeschrieben. Die Sessionen der Jahre 1993–95 sind von insgesamt über 600 verschiedenen Jugendlichen aus allen vier Sprachregionen besucht worden. Die Verteilung der Sitze richtet sich nach der Anzahl der Nationalratsmandate pro Kanton, wobei jeweils so viele Anmeldungen eingehen, dass auch auf eine ausgewogene Geschlechts- und Berufsverteilung (nicht nur Studenten!) Rücksicht genommen werden kann.

Thematische Schwerpunkte

1994 wurde erstmals ein thematischer Schwerpunkt gesetzt, der für die ganze Session gelten sollte: «Klima». In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal) haben die Organisatoren auch drei Projekte initiiert, welche mit kleineren Geldbeträ-

* Guido Schommer, Teufen (23), war an den Jugendsessionen 1993–95 als Arbeitsgruppengesprächsleiter und Moderationsassistent tätig und ist Mitglied des Kantonalvorstandes der FDP Appenzell Ausserrhoden.

gen unterstützt wurden. Diese Gelder konnten damals aus der «Mund auf statt Augen zu»-Kampagne des Buwal gewonnen werden. Dieses Jahr wurde die Gelegenheit der Totalrevision der Bundesverfassung benutzt, um, gemeinsam mit einigen Experten aus dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), über die Zukunft der Schweiz nachzudenken.

Der erste Tag der Jugendsession wurde dazu verwendet, in zum Teil zweisprachigen Arbeitsgruppen die Themen «Die Jugend in der Schweiz von morgen», «Die Zukunft der Demokratie in der Schweiz», «Die Zukunft der Schweiz – Chance für alle? Ausländer/Gleichstellung» sowie «Die Schweiz und die Welt – Schweiz in der Welt. Europäische Integration/Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit» zu diskutieren. Während der Arbeit wurden die Gruppen von eidgenössischen Parlamentariern besucht, so auch von den freisinnigen Ständeräten René Rhinow (BL), Fritz Schiesser (GL) und Kurt Schüle (SH).

Erstmals wurde dieses Jahr ausserhalb der eigentlichen Arbeitsräume inmitten der Altstadt Berns ein Zelt, das «Haus der Schweiz», errichtet. Dieses diente als Kontaktstelle zur Presse und zur interessierten Bevölkerung. Dabei musste einmal mehr festgestellt werden, dass die Kenntnis der Institution «Jugendsession» erst in sehr wenigen Bevölkerungskreisen verbreitet ist.

Formalia und Farbtupfer

Den ganzen Samstag verbrachten die Jugendlichen im Nationalratssaal. Die in den Arbeitsgruppen vorbereiteten Petitionen

wurden hier der Reihe nach vorgestellt, diskutiert, abgeändert, ergänzt und verabschiedet. Dabei fiel auf, dass die Jugendlichen sehr konzentriert und auch diszipliniert arbeiteten, obwohl sie sich an ein sehr formalistisches Vorgehen zu halten hatten. Diese Arbeit wurde unterbrochen durch die Präsentationen der Kreativgruppen (Malen/Theater), welche im eher nüchternen Saal Farbtupfer zu setzen vermochten.

In der Eröffnungsansprache forderte der Vorsitzende des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), Cornelio Sommaruga, die Jungen auf, sich gemeinsam mit ihm für ein weltweites Verbot von Personenminen einzusetzen. Auch Bundesrat Arnold Koller, als Mitverantwortlicher der Totalrevision der Bundesverfassung so etwas wie der Gastgeber der Jugendsession, stand den jungen Parlamentarierinnen und Parlamentariern Red und Antwort. Er wurde mit kritischen Fragen aus den Bereichen Asylwesen, Volksrechte und Regierungsreform konfrontiert. Von ihm ging der Aufruf an die Anwesenden aus, die Jugendsession nur als Start ins politische Leben zu betrachten und sich fortan auf allen Stufen an der Demokratie zu beteiligen und die Interessen einzubringen. Am gemeinsamen Mittagessen erhielten rund zwanzig Jugendliche die Möglichkeit, den EJPD-Vorsteher «hautnah» zu erleben und persönliche Anliegen vorzubringen.

Petitionen zum Abschluss

Abgeschlossen wurde die ganze Jugendsession mit der Übergabe der verabschiedeten Petitionen. Die Jugendlichen fordern die finanzielle Unterstützung von schlecht gestellten Familien und alleinerziehenden Eltern nach dem Prinzip eines umgekehrten Generationenvertrags, wie er bisher mit der AHV besteht. Ein zu bildender Fonds würde aus Erbschaftssteuern und allgemeinen

Steuermitteln geäufnet. In Zukunft soll die freie Wahl zwischen Militärpflicht und einer Vielfalt an sozialen Diensten möglich sein. In diesem Zusammenhang ist es doch erstaunlich, dass in keinem Moment die Abschaffung der Schweizer Armee gefordert wurde.

Weiter möchten die Jugendlichen Gemeinden und Kantone, auf deren Gebiet sich ein Jugendparlament gebildet hat, dazu verpflichten, diese ideell und finanziell zu unterstützen. Abgelehnt wurden die Forderung nach einer Legalisierung des Besprayens öffentlicher Tiefbauten sowie eine Werbekampagne des Bundes, welche Jugendliche zur politischen Partizipation animieren sollte. Offensichtlich wird die Wirksamkeit von öffentlichen Kampagnen in diesem Bereich in Frage gestellt. Die Ratifizierung der Uno-Kinderkonvention hingegen wurde befürwortet. Forderungen nach einer Erhöhung der notwendigen Unterschriftenzahlen für Volksinitiative und Referendum als auch nach einer Definition des Quorums in Prozenten der Stimmberechtigten statt in absoluten Zahlen fanden keine Mehrheit im sonst eher reformwilligen Gremium.

Ausländerstimmrecht, Migrationspolitik ...

Eine Mehrheit konnte sich für die Einführung des aktiven und passiven Wahl- und Stimmrechts auf Antrag für Ausländerinnen und Ausländer erwärmen. Überhaupt scheint die Integration der ausländischen Mitbewohner der Schweiz ein Anliegen zu sein, sollen doch in den Kantonen spezielle Integrationsklassen gefördert werden, welche den sprachlichen und kulturellen Einstieg in die hiesige Gesellschaft erleichtern. In Vorahnung baldiger Volksentscheide in der Migrationspolitik fordert die Jugendsession die Bundesbehörden auf, keinerlei Prozentzahlen zur Beschränkung des Ausländeran-

Fortsetzung auf Seite 14

Für eine ganzheitliche Medienpolitik



Die Presse gilt als Bannwald der Demokratie. Im Berner Revier stürmt es. Bäume fallen, Äste brechen, Kleinholz entsteht. Die «Berner Zeitung» akzeptiert es nicht, dass als Ergebnis eines marktwirtschaftlichen Vorgangs der bisher in ihrem Unternehmensbereich gedruckte «Stadtanzeiger Bern», das amtliche Publikationsorgan, zum «Bund» wechseln soll. Gegen die Interessen der Einwohnergemeinde gibt die «Berner Zeitung» ein Konkurrenzblatt heraus. Die Politiker sind gefordert und die Gerichte eingeschaltet, damit die Lauterkeit des Wettbewerbs gewahrt bleibt, weder Inserenten noch Leserschaft weiter zu Schaden kommen und der amtliche Anzeiger wenigstens auf Dauer nichts an wirtschaftlicher Substanz einbüsst.

Die freie Presse zeigt sich von einer rüden Seite. Es gilt das Recht des Stärkeren. Nicht publizistische Leistung tritt im fairen Wettbewerb gegen publizistische Leistung an, sondern verlegerische Kraftmeierei gegen verlegerischen Anstand. Die Rücksichtslosigkeit weist weit über die Bundesstadt hinaus.

Demokratienotwendige Vielfalt

Bis jetzt waren es vor allem die Fernsehstationen, die sich im Kampf um Einschaltquoten und Marktanteile dem Prinzip verschworen, der Zweck heilige die Mittel. Wer es kann, gräbt seiner Konkurrenz das Wasser ab. Die Programmqualität sinkt. Das Infotainment gefährdet die demokratische Meinungsbildung. Dass es auch Zeitungen gibt, die schamlos um die Gunst der Leserschaft buhlen, wissen wir. Aber als unrühmliche Neuerung müssen wir aus dem Berner Anzeiger-

streit lernen, dass verlegerische Härte bis zum Rachezug gegen Treu und Glauben führt. Zeitungen verkommen zur Spekulationsware.

Vorläufig indirekt, aber durchaus bedrohlich richtet sich die Auseinandersetzung gegen den liberalen und erstarrten «Bund», unbekümmert um die Tatsache, dass zwei Berner Tageszeitungen zum Mindestmass an demokratienotwendiger Pluralität gehören.

Sie benötigt Sicherung. Daraus erwächst auch der Medienpolitik ein dringender und vornehmer Auftrag. Sie muss ihre Optik erweitern und die schweizerische Medienlandschaft als Ganzes erfassen. Die Forderung nach Fairness und Redlichkeit gilt über die Journalisten hinaus auch für die Verleger.

*Alex Bänninger, Publizist,
Präsident des Freisinnigen
Presseverbandes
der Schweiz, Zürich*

Fortsetzung von Seite 13

teils zu verwenden, da solcherlei Grenzen immer willkürlich seien und das Einzelschicksal hinter diesen harten Quoten zuwenig zur Geltung komme.

... Gleichberechtigung, Mutterschaft ...

In der Gleichberechtigungsfrage ist kein grundlegender Handlungsbedarf mehr festgestellt worden. So soll in allen Kantonen ein Gleichstellungsbüro mit der Hilfe des Bundes aufgebaut werden. Der Mutterschaftsurlaub, dessen Verfassungsgrundlage kürzlich ihren 50. Geburtstag feierte (vielleicht müsste man eher sagen: «beging»), soll durch die direkte Bundessteuer finanziert werden und zwischen Frau und Mann frei verteilt werden können.

... und Europa

Auch die Jugendsession bezeichnet einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union (EU) als ihr Ziel. Sie unterstützt aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt die bilateralen Verhandlungen, fordert eine verbesserte und objektive Informationspolitik sowie in den anschliessenden Beitrittsverhandlungen keine Konzessionen in den Bereichen Bildungs-, Sozial- und Umweltschutzpolitik. Der Bundesrat wird aufgefordert, zu seinem Ziel zu stehen und den EU-Beitritt «anzustreben». In der Entwicklungspolitik sehen die Jugendlichen Sinn in Projekten, welche die Basishilfe und die Hilfe zur Selbsthilfe bezwecken. Zudem sollen die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit von heute 0,36 Prozent auf 0,4 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) erhöht werden.

Neben den Petitionen wurde auch eine Reihe von persönlichen Vorstössen verabschiedet. Die deutlichste Zustimmung fand die Forderung, die Verjährungsfrist für Sexualdelikte an Kindern erst beginnen zu lassen, wenn das Opfer die Mündigkeit erreicht hat. Ähnlich deutlich zugestimmt wurde einer Verstärkung der Rechtsextremismusbekämpfung sowie einem Verfassungsartikel für das Bildungswesen, der eine Kompetenzver-

schiebung von den Kantonen zum Bund bringen würde. Klare Ja-Mehrheiten erreichten auch die zivilrechtliche Gleichstellung für gleichgeschlechtliche Paare sowie die Forderung nach einer härteren Bestrafung des sogenannten Frauenhandels.

Unverbrauchte Jugendliche

Die diesjährige Jugendsession darf als gelungener Versuch gewertet werden, zweihundert unverbrauchte Jugendliche für unser politisches System zu begeistern und sie zum Mitmachen zu animieren. Erfahrungsgemäss taucht ein recht grosser Teil der Teilnehmenden später wieder in politischen Parteien und Gremien auf. Die Mobilisierung nicht nur der Teilnehmenden, sondern auch ihrer jeweiligen Schulklassen, ihrer TV-Fangemeinde (die Senderkette S 4 sendete den ganzen Samstag live aus der Jugendsession) bleibt nicht ohne Wirkung. Allerdings kann und darf nicht übersehen werden, dass die Petitionen der Jugendsession in den eidgenössischen Räten auf ein sehr schwaches Echo stossen, bisher wurde keine einzige Forderung der Jugendsession Gesetz. In diesem Bereich ist von den Organisatoren einerseits, aber auch von den Bundesbehörden noch viel Arbeit erforderlich.

Die Jugendsession ist nur ein Bestandteil schweizerischer Jugendpolitik (daneben sind wichtig: die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV und der Dachverband der schweizerischen Jugendparlamente), aber ein durchaus entscheidender: Nur die Jugendsession vermag an diesen zwei Tagen pro Jahr ein derartiges Medienecho zu erzeugen, dass die Stimmbürger im Land feststellen können: Es gibt in der Schweiz so etwas wie Jugendpolitik. ■

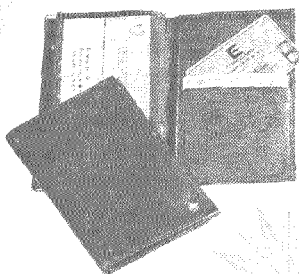
An Weihnachten denken

Die FDP hat eine Reihe von qualitativ hochstehenden Accessoires mit einem diskret-elegantem «Touch» Freisinn. Wir stellen sie Ihnen hier auf dieser Seite vor. Denken Sie an Weihnachten! Wollten Sie nicht schon längst dies oder jenes jemandem oder sich selber

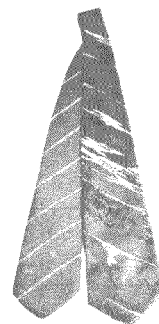
schenken? Jetzt ist genau der richtige Zeitpunkt dafür! Benutzen Sie dafür unsere neue Konferenzmappe, tragen Sie eine FDP-Krawatte, stecken Sie sich einen Pin an, verschenken Sie die Festschrift «Hundert Jahre FDP».



Weiter ist das neue Foulard der FDP erhältlich. Wie die bisherigen besteht es aus 100 Prozent reiner Seide, Satin Crêpe, ist 90x90 Zentimeter gross und natürlich in den Farben Rot/Blau/Weiss/Schwarz gehalten.

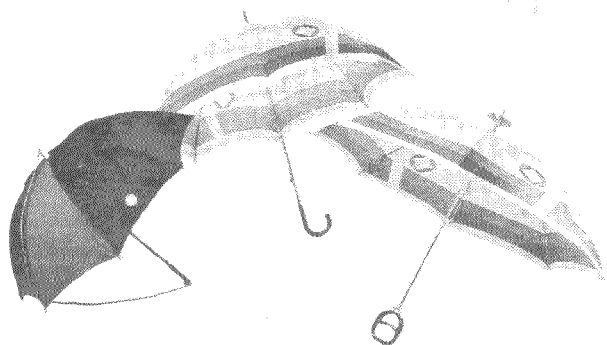


Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem und der Agenda für 1996 aus bestem Anilinleder in Bordeaux.

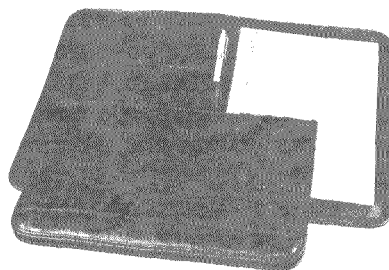


Die Krawatte classic oder die Krawatte new look, die Mann einfach haben muss.

Der FDP-Pin, den es nur alle 100 Jahre gibt.



Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der stabile Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.



Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.



Die Festschrift mit 24 Beiträgen von klugen Köpfen: ein Buch von 245 Seiten für die Schweiz von gestern, heute und morgen.

Talon

Ich bestelle:

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Ex. Konferenzmappe à Fr. 40.- | <input type="checkbox"/> Ex. Holzschirm à Fr. 35.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. FDP-Pin 100 Jahre à Fr. 5.- | <input type="checkbox"/> Ex. Krawatte classic à Fr. 40.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Portefeuille à Fr. 44.- | <input type="checkbox"/> Ex. Krawatte new look à Fr. 40.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Doppelschirm à Fr. 30.- | <input type="checkbox"/> Ex. Festschrift à Fr. 15.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Sportschirm à Fr. 30.- | <input type="checkbox"/> Stück FDP-Foulard 95 zu Fr. 50.- |

Name: _____

12/95

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

Neues Modell zur Mutterschaftsversicherung gutgeheissen

Das von Frauen aus den vier Bundesratsparteien erarbeitete neue Modell zur Mutterschaftsversicherung stand im Mittelpunkt der jüngsten Präsidentinnenkonferenz der FDP-Frauen Schweiz. Die anwesenden Präsidentinnen zeigten sich mit dem Vorschlag einverstanden und beauftragten Franziska Frey-Wettstein, weitere Verhandlungen auf der präsentierten Grundlage durchzuführen.

Madeleine Kuhn-Baer,
Landrätin aus Glarus

Der erste Teil der Konferenz im herrlichen Zunfthaus zur Zimmerleuten in Zürich bestand aus einer allgemeinen Diskussion über die Mutterschaftsversicherung. Präsidentin Franziska Frey-Wettstein erläuterte das neue Modell, welches Mutterschaftsleistungen für alle Frauen vorsieht und gemeinsam von Vertreterinnen der CVP, FDP, SP und SVP erarbeitet worden ist. Es soll über die Mehrwertsteuer finanziert werden.

Das Modell schlägt eine Erwerbsausfallentschädigung von 100 Prozent für Arbeitnehmerinnen während 16 Wochen vor, wobei der Plafond beim maximalen rentenbildenden AHV-Einkommen liegt. Anspruch auf diese Leistung hat, wer neun Monate vor der Geburt erwerbstätig gewesen ist, auch wenn die Arbeitnehmerin wäh-



«Wird sie dereinst eine Mutterschaftsversicherung haben?»
(Photo Senn)

rend der Schwangerschaft gekündigt hat. Ebenfalls anspruchsberechtigt sind Frauen, die gegen Lohn im Betrieb ihres selbständig erwerbstätigen Ehegatten arbeiten.

Für nichterwerbstätige Frauen sieht das Modell vor, viermal die monatliche AHV-Minimalrente auszurichten. Die Einkommensgrenze liegt beim maximalen rentenbildenden AHV-Einkommen, eventuell mit Zuschlag für weitere Kinder.

Franziska Frey-Wettstein betonte in Zürich, die Vorteile des neuen Modells seien vielfältig: Solidarität, kein Giesskannenprinzip, keine Lohnprozente, keine Mittel aus der allgemeinen Bundeskasse sowie die Tatsache, dass Frauen mit niedrigen Löhnen 100 Prozent erhielten.

Gut aufgenommen

Maia Jaggi vom Bundesamt für Sozialversicherung stellte das Modell Dreifuss vor, welches über Lohnprozente finanziert werden soll und nichterwerbs-

tätige Mütter ausschliesst. In der ganzen Diskussion über die Mutterschaftsversicherung spielten diverse Fragen der Sozial- und Gesellschaftspolitik eine Rolle. Zum Beispiel: Versicherung oder Versorgung? Giesskanne oder gezielt? Sind Kinder Privatsache oder im Interesse aller? Welche

Familien- und Rollenbilder gelten?

Die eingeladenen Vertreterinnen der CVP und SVP-Frauen, des Schweizerischen Katholischen Frauenbundes, der Frauenzentrale des Kantons Zürich, des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins und des Bundes Schweizerischer Frauenorganisationen bezeichneten das neue Modell im Gegensatz zum Vorschlag Dreifuss als praktikable und gute Grundlage, auf der weitergearbeitet werden soll. Damit dürfte der Vorschlag in weiten Frauenkreisen auf grundsätzlich gute Aufnahme stossen.

Für eine eigenständige Politik

An der eigentlichen Präsidentinnenkonferenz der FDP-Frauen Schweiz im Anschluss an die allgemeine Diskussion wies Franziska Frey-Wettstein auf den 5. Schweizerischen Frauenkongress vom Januar 1996 hin, auf die äusserst interessante Tagung «Schul(re)formen für die libe-

RU 486 nun einführen

mb. Die FDP-Frauen Schweiz haben den Beschluss der Sanitätsdirektorenkonferenz bezüglich RU 486 mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Sie standen der Einführung des Medikamentes stets positiv gegenüber und setzten sich auch aktiv für die alternative, risikoärmere und kostengünstigere Methode des Schwangerschaftsabbruchs ein.

Selbstverständlich müssen auch bei der Verwendung von RU 486 die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sein. Die FDP-Frauen Schweiz haben zudem immer betont, dass RU 486 ein Medikament sei, welches ausschliesslich in die Hände der Ärzteschaft und der Spitäler gehöre. Eine andere Bezugsmöglichkeit wird nach wie vor ausgeschlossen. ■

rale Familie» vom vergangenen August sowie auf das erfolgreich durchgeführte gemeinsame Wahlfest mit den CVP- und SVP-Frauen im Albisgütli.

Bei der Rückschau auf die eidgenössischen Wahlen 1995 betonten die Präsidentinnen, dass sie Wert auf eine eigenständige Politik der FDP-Frauen Schweiz legen. Hier können sie ihre Anliegen direkt einbringen und diskutieren. Ebenso grossen Wert legen sie aber auch auf eine gute Zusammenarbeit mit der FDP Schweiz.

Präsidiale Orientierungen über das Bundesgesetz über die Familienzulagen und die Verfassungsänderung «Recht auf Existenzsicherung» bildeten den Schluss der interessanten Konferenz in Zürich. ■

DV am 11. Mai 1996

mb. Die nächste Delegiertenversammlung der FDP-Frauen Schweiz findet am Samstag, 11. Mai 1996, in Bern statt. Dabei stehen Gesamterneuerungswahlen des Vorstandes an. Anträge von Mitgliedern, die an der DV traktandiert werden sollen, sind sechs Wochen vorher dem Vorstand einzureichen. ■

Abschied nehmen von der Nostalgie

«Kein Anschluss unter dieser Nummer...» Damit es in Zukunft nicht einmal so tönt, wenn man die schweizerische PTT Telecom anwählt, sind grundlegende Reformen beim «gelben Riesen» dringend nötig. Sonst droht die Schweiz international den Anschluss im zukunftssträchtigen Telekommunikationsmarkt zu verlieren. Auch der Bundesrat hat dies erkannt und drei Gesetzesvorlagen in die Vernehmlassung gegeben. Dabei überzeugt er mit einem modernen Fernmeldegesetz, enttäuscht aber beim Postbereich.

Markus R. Seiler

Der eingetretene Rückgang der wirtschaftlichen Attraktivität des Standortes Schweiz hat viele Gründe. Vor allem die übermässige staatliche Regulierung, aber auch der fehlende Binnenmarkt und die hohe Monopol- und Kartellichte in unserem Land tragen dabei einen grossen Teil der Verantwortung. In letzter Zeit haben unsere Erfolgspositionen gelitten, das Ausland hat aufgeholt. Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft müssen deshalb weiter verbessert werden, die Bemühungen zur marktwirtschaftlichen Erneuerung der Schweiz dürfen nicht nachlassen.

Zentrale Bereiche der marktwirtschaftlichen Erneuerung

Die Reformvorhaben bei den PTT – Fernmeldegesetz, Postgesetz, PTT-Organisationsgesetz – betreffen dabei zentrale Bereiche jeder modernen Volkswirtschaft. Angesichts der technischen Veränderungen und des institutionellen Wandels im Ausland be-



Post und Telecom: von nostalgischen Regiebetrieben ...

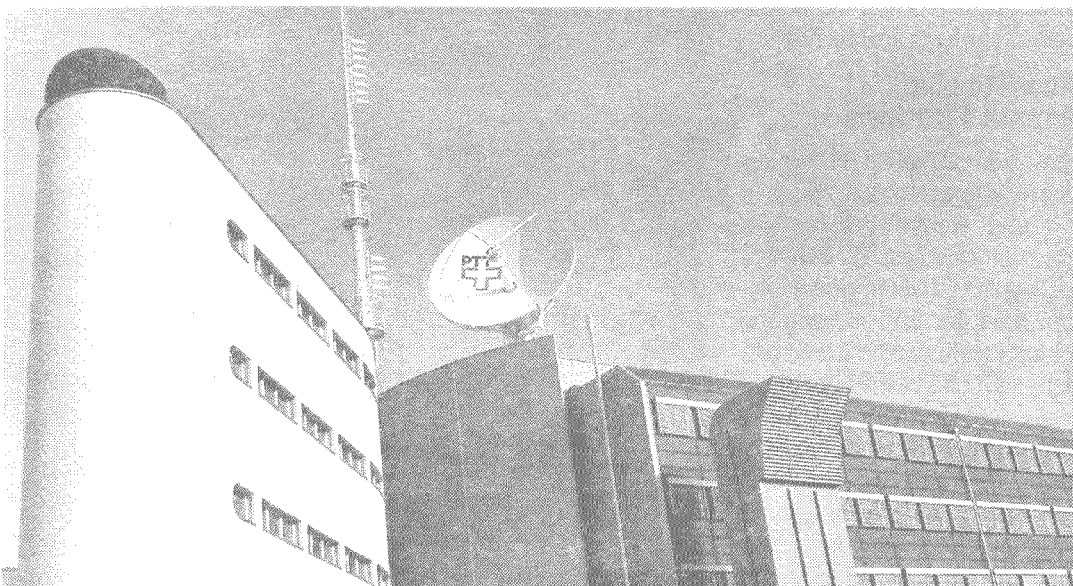
steht in der Schweiz heute ein dringender Handlungsbedarf bei Post und Telecom. Mehrere europäische Länder haben die Liberalisierung des PTT-Bereichs bereits vollzogen. In der EU fallen die Monopole im Telecom-Bereich am 1. 1. 1998, und auch in den Gatt/WTO-Abkommen gehört die Öffnung der Telecom-Märkte zu den prioritären Stossrichtungen. Die Postmärkte werden dem Wettbewerb in Zukunft ebenfalls geöffnet werden. Das vom Bundesrat in die Vernehmlassung gegebene moderne Fernmeldegesetz sieht dabei als Hauptziel vor, den schweizerischen Fernmelde-

markt in grösstmöglichem Umfang dem Wettbewerb zu öffnen. Es sollte zudem auf den 1. 1. 1998 in Kraft gesetzt werden können, zeitgleich mit der entsprechenden Liberalisierung in der EU. Zusammen mit dem Fernmeldegesetz sind auch die Erlasse für ein neues Postgesetz sowie für das PTT-Organisationsgesetz zu behandeln. Diese bedürfen allerdings noch einer teilweise grundsätzlichen Überarbeitung. Denn noch scheint die Gewissheit nicht überall verbreitet, dass die nostalgischen Monopolzeiten auch für die «gelbe Post» bald definitiv der Vergangenheit angehören werden. Dem Wettbewerb wurde noch zuwenig Platz eingeräumt,

und die veralteten Strukturen sollen weiterbestehen. Immerhin wurde darauf verzichtet, Post und Telecom unter ein gemeinsames Holdingdach zu stellen, wie dies die PTT-Spitze noch verlangt hatte.

Privatisierung als Endziel

Die eingeleiteten Liberalisierungen im Post- und Telekommunikationsmarkt sind in einem weiteren Schritt über eine Änderung von Artikel 36 der Bundesverfassung weiterzuführen, damit Post und Telecom dereinst echt und vollständig privatisiert werden können. ■



... zu international wettbewerbsfähigen Unternehmen.

(Photo Keystone)

Europa – Wie stark beeinflusste es die Wahlen?

Lieber Franz Steinegger,

Seitdem ich Dich innerhalb des Schweizer Alpenclubs als menschen- und naturfreundlichen Parteipräsidenten mit sehr grosser Führungsstärke und hohem Kollegialitätssinn kennenlernen und schätzen durfte, hast Du auch inzwischen meine ganze Hochachtung in Zusammenhang mit Deinen bisherigen hervorragenden Präsidialleistungen zugunsten unserer gesamtschweizerischen Freisinnigen Partei vollends gewonnen.

Herzhafter Parteimoderator

Nach meiner Meinung verdankt nämlich unsere FDP es vor allem Dir, dass sie aus der seinerzeitigen «Kesselschlacht» gegen Bundesrätin Elisabeth Kopp nicht länger andauernde Politschäden erlitten hatte. Du hast es im Verlaufe Deiner bisherigen Präsidialamtszeit als herzhafter Parteimoderator verstanden, die auseinandergleitenden Liberalismen in einer toleranten FDP-Bandbreite zusammenzuhalten. In diesem Zusammenhang habe ich Dir persönlich Deine Bereitwilligkeit zum Anhören auch von «kleinen Leuten» aus unserem Schweizervolk im allgemeinen und aus unserer FDP im besonderen sehr hoch angerechnet!

Realistische Europa-Plattform

Nun zum aktuellen FDP-internen Meinungszwiespalt zwischen Dir und einigen Befürwortern eines langfristigen EU-Beitritts-Ziels, welche Dich in einem offenen Brief der Torpedierung von Parteibeschlüssen bezichtigt hatten: Als beherzter «Liebhaber» einer weltoffenen Schweiz wünsche ich mir keine «Einzementierung» in den gegenwärtigen und sich künftig nach meiner Meinung kaum in Richtung einer föderalen Direktdemokratie «à la Suisse» entwickelnden Politik-

und Wirtschaftsmachtblock EU. So war ich demnach auch mit dem versöhnlichen Vorschlag Deiner Parteiführung und unserer FDP-Parlamentsfraktion sehr zufrieden, als Kompromisslösung zwischen meiner EU-Eingliederungs-Skepsis und dem möglichst baldigen EU-Beitritts-Ziel der EU-Freunde die heute einzige wirklichkeitsnahe ausserpolitische Vorzugsoption bilateraler Verhandlungen der Schweiz mit der EU unter Berücksichtigung der allgemeinen globalen Zusammenarbeit, «realistische Europa-Plattform» unserer FDP zu sehen. Ich war dann auch danach darob sehr enttäuscht, als ich aus den Medien

von der Ablehnung dieses so fruchtbaren Kompromissvorschlages durch die FDP-Delegiertenmehrheit am 21. 4. 1995 zugunsten einer klaren EU-Beitritts-Vorgabe erfahren musste.

Beispiel Appenzell A.-Rh.

Wie stark die entsprechende Abkehr der ordentlichen Delegiertenversammlung von der «realistischen Europa-Plattform» die Ergebnisse der letzten Nationalratswahlen für unsere FDP negativ beeinflusst hat, könnte ich nicht genau nachweisen. Aber ich habe nach der mediären Bekanntgabe der neuen Nationalratssitzgewinnerinnen und -gewinner nach meiner Meinung

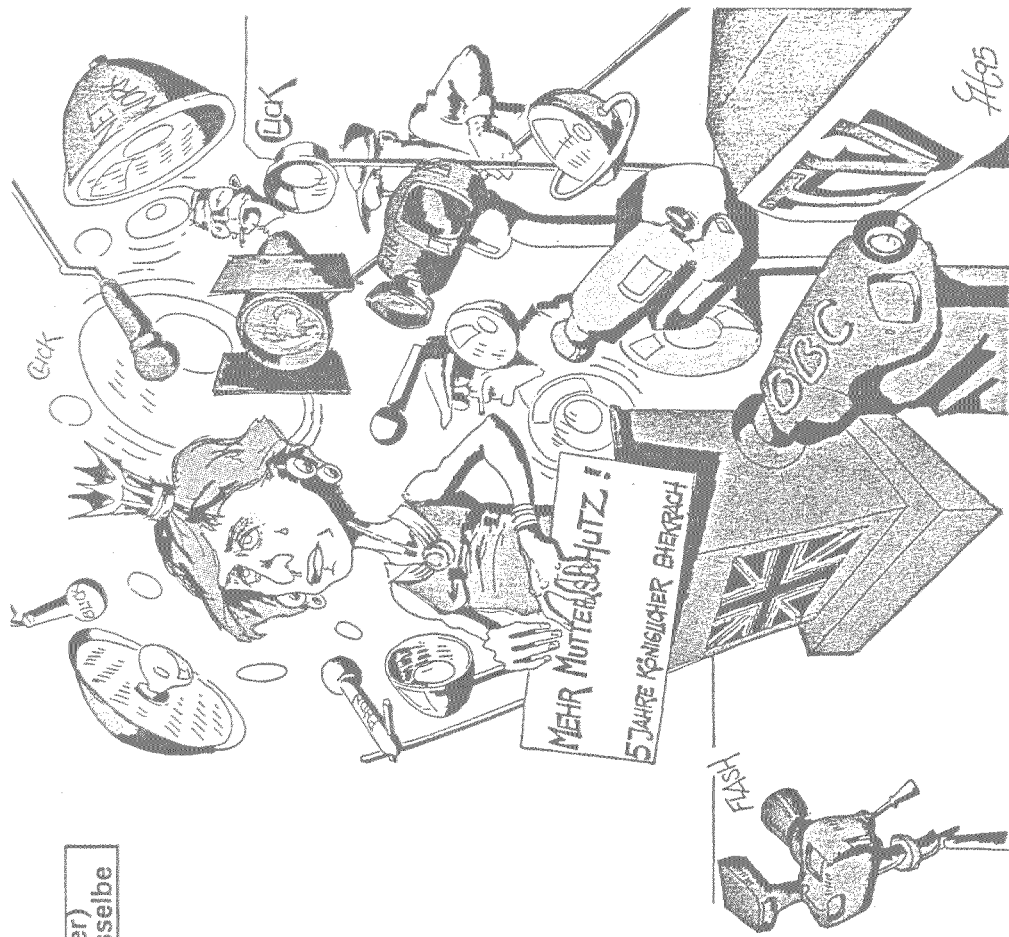
einen ziemlich deutlichen Hinweis auf eine «Minenexplosion» unter dem Parlamentsgesäss unserer FDP wahrnehmen müssen, sehr wahrscheinlich vorausgehend «gezündet» mittels des Pro-EU-Beitritts-Entscheidung der FDP-Delegiertenversammlung rund sechs Monate vor den Nationalratswahlen: Im Kanton Appenzell Ausserrhoden ist nämlich neben der neugewählten FDP-Frau Dorle Vallender der während rund zehn Jahren für unsere FDP tätig gewesene Bühler Gemeinderat Jakob Freund rund sechs Monate nach seinem Austritt aus unserer Partei als in breiten Volkskreisen beliebter Gründungspräsident der dortigen Gemeinde-SVP am letzten 22. Oktober in den Nationalrat gewählt worden. Da ich dies am 23. 10. 1995 im «St. Galler Tagblatt» gelesen habe – also rund sechs Monate nach dem EU-Beitritts-Ziel-Beschluss der FDP-Delegiertenversammlung und somit rund sechs Monate nach Herrn Jakob Freunds Austritt aus unserer FDP –, erahne ich in dieser Zeitperiodenübereinstimmung einen ziemlich engen Zusammenhang!

Lieber Franz Steinegger, auf Grund des oben erwähnten FDP-Austritts- und SVP-Neuwahlbeispiels bin ich fest davon überzeugt, dass Deine Interpretation des letzten Nationalratswahlausgangs am ehesten der Wirklichkeit entsprechen dürfte. Darum lasse Dich nicht seitens «EU-phorischer» EU-Beitritts-Befürworter in unserer FDP-Gemeinschaft von Deiner versöhnlichen und realistischen Europa-Plattform verdrängen. Mögen wir uns aber auch mit unseren EU-Beitritts-Befürwortern versöhnen!

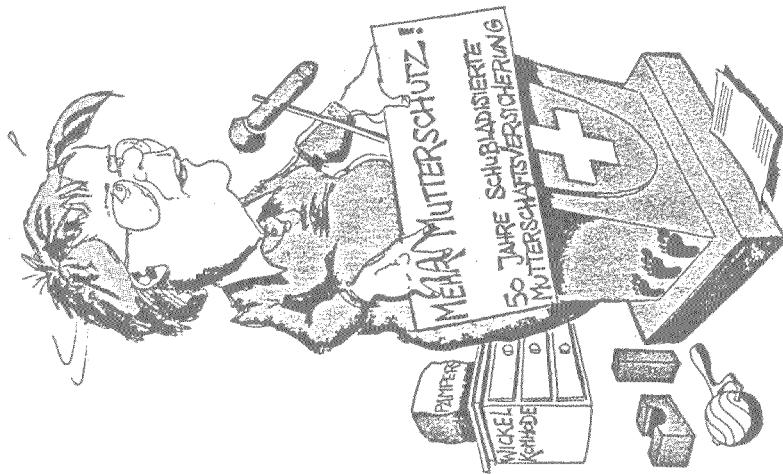
Jörg Schwabwaller,
St. Gallen



Franz Steinegger – als Parteipräsident immer wieder gefordert beim Thema «Europa».



Wenn zwei (Landes-Mütter) dasselbe tun, ist's nicht dasselbe



Karikatur Andreas Töns

Glanzvolle Wahl von Vreni Spoerry in den Ständerat

Der Kanton Zürich wird in den kommenden vier Jahren im Ständerat durch zwei Frauen vertreten. Nach der im ersten Wahlgang gewählten Monika Weber (LdU) hat das Stimmvolk am 26. November im zweiten Wahlgang die Freisinnige Vreni Spoerry aus Horgen ins Stöckli delegiert. Sie nimmt damit den Sitz des zurückgetretenen FDP-Mitgliedes Rico Jagmetti ein.

Daniel Frey,
Parteisekretär ZH

172 119 Wählerinnen und Wähler haben Vreni Spoerry jetzt zur

Ständerätin gewählt. Beim ersten Wahlgang vom 22. Oktober war sie auf 133 188 Stimmen gekommen, was ganz knapp nicht reichte; sie blieb 2377 Stimmen unter dem absoluten Mehr. Ge-

genkandidaten hatte sie beim zweiten Wahlgang keine mehr zu fürchten: Toni Bortoluzzi von der SVP, die Sozialdemokratin Anita Thanei und alle übrigen Bewerberinnen und Bewerber hatten

sich wegen der Aussichtslosigkeit ihrer Kandidatur zurückgezogen. Vreni Spoerry hatte nämlich auf den Nächstplacierten einen Vorsprung von rund 30 000 Stimmen.

Die Grünen hatten empfohlen, leer einzulegen, und die SP konnte und wollte die FDP-Spitzenfrau nicht unterstützen. Aus diesen Gründen legten 47 111 Wähler leer ein, und 23 621 weitere schrieben andere Namen auf ihren Wahlzettel.

Mehr Stimmen als Monika Weber

Spoerry legte trotzdem gegenüber dem ersten Wahlgang in sämtlichen Bezirken zu. Damit erfüllte sich, was die FDP erhofft hatte, nämlich dass Vreni Spoerry nicht einfach beiläufig gewählt würde, sondern dass sie ein respektabler Teil der Bevölkerung zu seiner Vertreterin in Bern bestimmte. Tatsächlich erzielte sie ein noch besseres Ergebnis als Monika Weber, die – bei erheblich höherer Stimmbeteiligung – auf 163 493 Stimmen gekommen war.

Vereidigung erst in der März-Session

Leider kann Spoerry ihr neues Amt noch nicht antreten. Wohl oder übel muss sie die im kantonalen Wahlgesetz vorgesehene Einsprachefrist von 20 Tagen abwarten. Dann muss der Kantonsrat das Ergebnis noch erwharen, was dieses Jahr nicht mehr geschehen kann. Demzufolge kann die Vereidigung als Ständerätin erst in der März-Session erfolgen. Immerhin wird man Vreni Spoerry in einigen ständerätlichen Kommissionen einen Platz freihalten; darin mitarbeiten darf sie allerdings erst, wenn sie ordentlich vereidigt worden ist. ■



Verdiente Blumen nach einem langen Wahlkampf.